Morgen alles zur Abstimmung für den roten Volksentscheid von früh 8 bis 5 Uhr abends

Arbeiter-Stimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Kompreßzeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (ungeteilt) an den zweispaltigen Teil einer Zeile 1,50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat" Allg. Inseratenexpedition, Inh. Dresden, Stiftstr. 7, Fsp., Tel. 27 853, Postscheck Dresden 205 15. Expedition: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,30 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (inzuschl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb Hilde Klostick, Dresden-A., Ammonstraße 68.

Tel. 25 521. Postscheckkonto Dresden 29 494. Verantwortlich für Lokales: Otto Südel, Dresden; Ausland: Karl Preidner, Berlin; übriger Teil: Erich Seidemann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Ritscher, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 600.

8. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 16. April 1932 — Nummer 89

Arbeiter, Angestellte, Erwerbslose und werktätige Mittelständler!

Weg mit der Faschistenregierung!

Mit rotem Volksentscheid gegen Brünings Notverordnungsfiliale
Unter Führung der KPD vorwärts zum Kampf um Brot und Freiheit

Kämpft gegen SPD-Betrug und Naziterror!

Unter der Ueberschrift: „Naziherrschaft in Sachsen?" bringt die Dresdner Volkszeitung, das Organ der sozialfaschistischen Führer eine Erklärung der Schieckregierung zum roten Volksentscheid an der Spitze des Blattes. Damit solidarisiert sich die sozialdemokratische Führerclique noch einmal nachdrücklichst mit der arbeiterfeindlichen Sachsenregierung und setzt ihre skrupellose Hetze gegen die proletarische Aktion zum Sturz des willfährigen Landtages von der Gnade der sächsischen Industriellen mit den „Argumenten" der Regierung fort. Was sagt Schieck in seiner Erklärung:

„Gegenüber den Angriffen auf die Regierung ist festzustellen, daß ihre Mitglieder die Geschäfte gegenüber jedermann gerecht und unparteiisch geführt, daß sie stets für Sauberkeit in der Verwaltung gesorgt und sie ihr ganzes Können, zu dem sie eine jahrzehntelange Beamtenlaufbahn geschult hat, für das Wohl des Landes eingesetzt haben."

Gibt es im Kapitalismus „Gerechtigkeit"

Die Schieckregierung nennt es „Gerechtigkeit", wenn ihre Justiz zahlreiche Arbeiter auf lange Jahre in die Gefängnisse und Zuchthäuser warf, weil diese die Terrorbanden der Hitler-Schützen bei Ueberfällen auf Arbeiter abwehrten, Nazimörder aber wegen „Verstoß gegen die Waffengesetze", nur zu drei Monaten verurteilte, wenn sie Proleten ermordet haben, wie es in Glauchau, Glauchau und Chemnitz geschah.

Die Schieckregierung nennt es „Gerechtigkeit", wenn im Sachsen des Hungers 700 000 arbeitslose Proleten und Wohlfahrtsempfänger kaum noch das trockene Brot auf dem Tisch haben, die Gemeinden bankrott gehen und gegen die werktätigen Mieter in den gemeindeeigenen Wohnungen mit dem Mittel der Zwangsexmittierung vorgehen, während kapitalistische Staatsbürger in sorgenlosen Villen wohnen und ein Schlemmerleben in Saus und Braus führen.

Die Schieckregierung nennt es „Gerechtigkeit", wenn den Gemeindearbeitern, unteren Beamten und Angestellten Lohn und Gehalt gekürzt werden, während die staatlichen und städtischen Gaswerke Wucherpreise für Gas und Strom fordern.

Die Schieckregierung nennt es „Gerechtigkeit", wenn den Industriellen Millionen Steuerbeträge geschenkt und gestundet werden, während dem werktätigen Mittelstand, den Arbeitern und den Arbeitsbauern durch rücksichtslosen Steuerdruck der letzte Groschen aus der Tasche genommen wird und hunderte Existenzen zugrunde gehen.

Die Arbeiterschaft nennt diese „Gerechtigkeit" brutalste Klassenherrschaft des Kapitalismus und formiert die Kampffront gegen ihre Notverordnungspolitik, stimmt zum Volksentscheid mit Ja und führt damit den ersten Schlag gegen die Bourgeoisie im Kampf um das Arbeitsbeschaffungsprogramm der KPD, um die revolutionären Losungen zur sozialen und nationalen Befreiung des werktätigen Deutschlands.

Die Sozialdemokratie steht bei der Schieckregierung, zur faschistischen Klassenherrschaft der Bourgeoisie, gegen die Lebensinteressen der Werktätigen. Sie hat den Arbeiterverrat auf die Spitze getrieben, geht mit Schieck, Brüning, Hindenburg zu Hitler. Sie stehen zur Schieckpolizei, die Arbeiterdemonstrationen auseinanderprügelt, die Nazis mit Samtpfötchen anfaßt und deren Kommandohöhen mit Nazioffizieren besetzt sind, wie es der neueste Fall in Dresden drastisch beweist. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen deshalb mit den Kommunisten gegen die sozialfaschistischen Stützen der Schieckregierung Front machen und morgen zum roten Volksentscheid gehen, um mit Ja zu stimmen.

Die Schieckregierung sagt in ihrer Erklärung:

„Mit aller Entschiedenheit weist die Regierung den Versuch zurück, ihren nationalen Charakter anzutasten."

Wir weisen es von uns, der Schieckregierung diesen Charakter abzusprechen. Aber „national" heißt für die Kapitalisten und ihre Regierungen immer nur Sicherung des Profits, Sicherung des Hungerfeldzuges gegen die Werktätigen. Wenn sich die Nazis und Deutschnationalen unter Spekulation auf Futterkrippen dem roten Volksentscheid angehängt haben, so ändert das gar nichts an der Tatsache, daß sie ebensowenig wie die Schieckregierung die Werktätigen von den Sklavenketten des Versailler Schandvertrages befreien können und wollen.

Nur der Kommunismus kann mit der sozialen Befreiung auch die nationale Befreiung von den Tributfesseln bringen und beim roten Volksentscheid sagen wir den Massen, daß jede Ja-Stimme ein Bekenntnis zum nationalen Befreiungsprogramm der KPD ist.

Die SPD steht zur Schieckregierung

Die „Dresdner Volkszeitung" sagt in ihrem Kommentar zu den kapitalistischen Beteuerungen der Schieckregierung:

„Es soll nicht bestritten werden, daß die gegenwärtige sächsische Regierung bestrebt ist, unparteiisch zu regieren, so wie sie das versteht. Aber die Herren, die jetzt in der sächsischen Regierung sitzen, sind Leute, die, soweit von ihrer politischen Gesinnung überhaupt etwas bekannt ist, recht weit rechts stehen, und es wäre geradezu ein Wunder, wenn ihr politischer Standpunkt auf die Art und Weise, wie sie die Regierungsgeschäfte führen, ohne Einfluß bliebe. Unter der Regierung Schieck hat die Reaktion in Sachsen manche Erfolge erzielt."

Sozialdemokratische Führer bescheinigen also der Schieckregierung die „Unparteilichkeit" und deshalb trommeln sie wie die Wahnsinnigen gegen den roten Volksentscheid. Die sozialdemokratischen Arbeiter werden mit uns der Ueberzeugung sein, daß in keinem Falle von einer „Unparteilichkeit" dieser Kapitalistenregierung gesprochen werden kann, deshalb müssen sie mit uns Front gegen diese Regierung machen.

Die Edel, Liebmann und Böchel müssen aber gleichzeitig zugeben, daß unter Schieck die Reaktion „manche Erfolge" erzielte, weil sonst ein Empörungssturm durch ihre Anhängermassen gehen würde. Wir sagen, daß die Reaktion, daß der Faschismus unter Schieck alles gewonnen, die Arbeiterschaft aber alles verloren hat.

Und da gibt es nur eine Konsequenz für jeden Werktätigen: Morgen alles zum roten Volksentscheid! Hunderttausende Stimmen müssen den reaktionären Landtag, die faschistische Regierung hinwegfegen und auch in Sachsen die Kämpfe einleiten für den Sozialismus! Seht nach der Sowjetunion, dem siegreichen Arbeiterstaat, der den Sozialismus im Triumphzug aufbaut! Kämpft mit aller Leidenschaft auch in Deutschland für den Sozialismus, morgen alles zum roten Volksentscheid! Stimmt alle mit „Ja!"

Schiecks Polizeioffiziere Führer der SA-Banden Hitlers

Aktiver Dresdner Polizeioffizier SA-Führer . Antrag der Kommunisten im Landtag

Die sächsische Schieckregierung hat das Verbot der SA- und SS-Formationen mit der anempfohlenen Loyalität durchgeführt. In Dresden konnten die SS und SA ihre Lokale vollständig ausräumen. Stundenlang standen die Privatautos vor der SA-Zeugmeisterei am Ferdinandplatz. Materialien und Möbel wurden ausgeräumt und Schiecks Ordnungspolizei kümmerte sich nicht um diesen Auszug der SA. Herr Schieck ließ durch seinen Innenminister Richter vor kurzer Zeit die sächsische Polizei in einer besonderen Denkschrift verteidigen und wandte sich gegen alle Feststellungen über die Begünstigungen der Hitler-Faschisten durch die sächsischen Polizeitruppen. Heute wird festgestellt, daß bei der Durchführung des Verbots der SA in Dresden die Tatsache bekannt wurde, daß

der militärische Berater der SA und SS ein aktiver Offizier des Dresdner Polizeipräsidiums gewesen ist. Dieser Polizeioffizier, der Oberleutnant Wirth, war der technische Leiter der SA, arbeitete für die SA die militärischen Anordnungen und Anweisungen aus und unterzeichnete diese Anordnungen mit dem Namen Weber und dem Zusatz technischer Leiter der SA.

Dem Polizeipräsidium ist die Rolle dieses Polizeioffiziers wohl bekannt. Trotzdem vollführt der Offizier seinen Dienst weiter. Weder der Polizeipräsident noch Herr Schieck unternehmen etwas gegen diesen Polizeioffizier und bestätigen damit, daß der Hitlerfaschismus von der sächsischen Regierung geradezu gefördert wird. Das kam bei der ganzen Durchführung der Verordnung gegen die SA deutlich zum Ausdruck.

Nach diesen Feststellungen werden die sozialdemokratischen Arbeiter begreifen, weshalb sie, wenn sie für den Generalfeldmarschall Hindenburg demonstrieren, also sich für die Bourgeoisiediktatur erklären, obendrein noch Polizeihiebe bekommen. Es handelt sich dabei eben nicht nur um das Vorgehen einiger Polizeioffiziere, sondern um ein System, das unter der Regierung Schieck-Richter, wie von allen kapitalistischen Regierungen von Deutschland, großgezüchtet wird.

Wir fordern Beseitigung der faschistischen Elemente

Die kommunistische Landtagsfraktion hat sofort nach Bekanntwerden dieser Tatsache folgenden Antrag eingebracht:

„Die kommunistische Landtagsfraktion hat unter dem 10. Februar 1932 einen Antrag im Landtag eingebracht, der Bezug nimmt auf die von der Regierung dem Landtag am 15. Januar 1932 zugestellten Denkschrift betr. Landtagsbeschwerden über die Polizei.

In diesem Antrag wird die Mißbilligung der Herausgabe dieser Denkschrift durch die Regierung ausgesprochen und deren sofortige Zurückziehung gefordert.

Weiter wird in dem Antrag verlangt, daß sofort eine neue Untersuchung über die offene nationalsozialistische Tätigkeit der Polizei unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeiter eingeleitet wird.

In der Zwischenzeit ist die

ungehemmte nationalsozialistische Betätigung der Polizeioffiziere und auch eines Teiles der Mannschaften

immer offener in Erscheinung getreten. Alle Gewaltaten der SA und SS wurden vor und während der Wahlkämpfe durch die Polizeiorgane nach gedeckt und die Regierung hat trotz dieser Vorkommnisse nicht das geringste unternommen. Im Gegenteil, diese faschistischen Gewaltmaßnahmen wurden weiterhin genau so wie in der Denkschrift zum Ausdruck kommt, gedeckt. Aktive Poli-

Reichsbanner „liquidiert"

Nach Redaktionsschluß erfahren wir, daß die Bundesführung des Reichsbanners angeordnet hat, die Schutzabteilungen sofort aufzulösen. In der Begründung heißt es:

„Da die SA und SS verboten ist, hat sich die Aufgabe der Schutz erledigt, da ihre Organisierung durch das Auftreten der SA und SS erzwungen wurde."

Offenkundiger können die Generäle der „Eisernen Front" nicht dokumentieren, daß sie nur einen Scheinkampf gegen die Nazis führen, denn gerade das „Verbot" wird bewirken, daß sich der Naziterror gegen die Arbeiterschaft steigern wird. Alle Arbeiter müssen in den antifaschistischen Schutzstaffeln den aktiven Abwehrkampf organisieren.